

Gegen den Rassismus von oben!

Statt Verbesserungen für ÖsterreicherInnen plant Schwarz-Blau vor allem Angriffe auf migrantische ArbeiterInnen und Jugendliche, sowie auf Flüchtlinge. Selbstorganisation und gemeinsamer Widerstand kann die Pläne der Regierung der Reichen und Rassisten stoppen. Wir brauchen gleiche Rechte für alle, um Verbesserungen für alle zu erkämpfen.

Seite 2

Kürzungen zurückgeschlagen

Das **ArbeiterInnenviertel** Hammarkullen in Göteborg zeigt, wie lokale Kämpfe gewonnen werden können. Röttvispartiet Socialisterna (Sozialistische Gerechtigkeitspartei, CWI Schweden) konnte durch AnrainerInnenversammlungen und Mobilisierungen echte Verbesserungen erreichen. Kristofer Lundberg berichtet wie das gelungen ist.

Seite 12

Schwerpunkt

Die **Lehre** braucht keine Imagekampagne, sondern Verbesserungen bei Ausbildung, Berufsschule und Bezahlung. Eine kämpferische Organisation von und für Lehrlinge ist nötig.

Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis €1,-
Solipreis €2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 264 | 02.18

Selbstorganisierung statt etablierte Politik

Die Menschenverachtung der Regierung gegen Flüchtende und MigrantInnen ist ein bedeutendes Merkmal dieser rechts-ausen Koalition. Doch die Gefahren reichen viel weiter. (Fast) jeder und jede wird betroffen sein; alle Beschäftigten, Erwerbsarbeitslosen, Studierende, SchülerInnen und PensionistInnen. Aus Sicht von Konzernchefs und Besitzbürgertum öffnet sich mit Schwarz-Blau ein Fenster für fundamentale Angriffe auf soziale und arbeitsrechtli-

bewusst in Kauf genommen, um dem österreichischen Kapital einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen.

Doch die Regierung kann gestoppt werden; am besten mittels betrieblicher Proteste bis hin zu bundesweiten Streiks. Dabei brauchen wir auf SPÖ oder Grüne keine weiteren Hoffnungen mehr verschwenden. Die Zeit der etablierten Politik ist vorbei. Entscheidend ist: Man kann und muss selbst etwas tun! Bewusste persönliche Initiativen



Warum es beim Kampf gegen die schwarz-blauen Angriffe auf dich ankommt.

che Standards. Bisherige Selbstverständlichkeiten wie Kollektivvertragslöhne und 13./14.-Gehalt werden attackiert werden. Niedrigstlöhne und wachsende Armut wie in Deutschland werden von Kurz & Strache

ven von anfangs auch nur ein paar Personen können der Beginn von Aktionskomitees sein, die sich auch vernetzen. Solche Komitees in einer Vielzahl von Betrieben sowie Bildungseinrichtungen werden den Unter-

schied ausmachen. Wenn die Stimmung unter der Mehrheit an Beschäftigten gegen Schwarz-Blau kippt, können diese (kleinen wie größeren) Aktionskomitees das Heft in die Hand nehmen. So würde auch die Gewerkschaftsführung auf Trab gebracht werden und sich nicht mehr aus der Affäre ziehen können.

Ein jeweils kleiner Schritt tausender Menschen im persönlichen Umfeld ergäbe zusam-

men den Ansatz für den Aufbau einer echten politischen Alternative gegen Sozialabbau und Rassismus. Eine neue Partei von und für ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen ist ohnehin überfällig. Beispiele für SelbstOrganisierung gibt es bereits: Bildungsinitiativen in mehreren Bundesländern (mit einer geplanten Vernetzungskonferenz im Februar) sowie im Gesundheitsbereich.

Franz Neuhold

Die SLP fordert:

- Vorbereitung auf einen bundesweiten Aktionstag & -konferenz durch alle Initiativen & Komitees!
- Protest gegen die Regierung mit den laufenden Kollektivvertragsverhandlungen verbinden!
- Mit bzw. bei der SLP aktiv werden!

Der Standpunkt



von Sonja Grusch Die Regierung versucht sich seit Beginn der Verhandlungen als harmonisch zu präsentieren, und als stabil. Doch auch wenn bei vielen das nackte Grausen aufsteigt bei der Perspektive von zehn Jahren (zwei Legislaturperioden)

schwarz-blau: Instabilität kommt für die Regierung aus drei Richtungen. Erstens aus den Parteien selbst. Kurz setzt auf Zentralisierung und entmachtet Teile der ÖVP. Doch die Länder brauchen ja auch was, um ihr Klientel und ihre „Leute“ zu bedienen. Der Kurzsche Versuch, die ÖVP zu einer modernen neoliberalen Partei zu machen, könnte an den eigenen Leuten scheitern. In der FPÖ spreizt es sich zwischen Populismus, Machtgeilheit und den alten Recken. Manche wollen um jeden Preis an Macht und Futtertröge, dafür singt man dann schon mal „Töchter“ in der Hymne. Andere wollen endlich ihre rechts-aussen-Agenda umgesetzt sehen. Und dann sind da noch

Wie ein Fels in der Brandung?

die WählerInnen, die Hartz 4 und 12-Stunden-Tag nicht so cool finden. Die Arbeitsteilung zwischen ÖVP (neoliberaler Umbau) und FPÖ (Repression) ist schlau gewählt, aber der Versuch, den Verzicht auf Wahlversprechen dem Koalitionspartner umzuhängen, führt zu Disharmonie und funktioniert noch nicht mal. Davon kann die SPÖ ein Lied singen. Unstimmigkeiten zwischen den Parteien sind vorprogrammiert und haben auch schon begonnen. EU- und Sozialpolitik könnten hier Konfliktfelder sein. Und dann sind noch die „externen“ Unsicherheiten. Das wären dann wir, also all jene, die etwas tun gegen diese Regierung: GewerkschafterInnen, BetriebsräteInnen, Eltern, SchülerInnen und Studis, Berufstätige, Arbeitslose, Frauen, MigrantInnen und, und, und.... Ziehen wir der Regierung den Boden unter den Füßen weg, damit sie ordentlich auf die Schnauze fällt!

Impressum, Offenlegung lt. § 25 des Mediengesetzes:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Die SLP ist eine politische Partei, deren Vertretung nach Außen durch Bundessprecherin Sonja Grusch erfolgt. Die Redaktion der Zeitung VORWÄRTS hat Sonja Grusch inne. | Grundlegende Richtung: Sozialistische Information im Sinne der Programmatik der SLP | Sitz der Partei: 1200 Wien, Pappenheimgasse 2/1 | Auflage: Je nach Thema unterschiedlich | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 2560000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

SPÖ und FPÖ: Wer kann rassistischer?

Die SPÖ versucht, die Regierung rechts zu überholen: Sie spricht von „Arbeiterverrat“, weil die Regierung nicht genügend gegen migrantische ArbeiterInnen unternehme. Damit beweist die SPÖ nur, dass sie völlig am Boden der rassistischen Standortlogik steht. „Arbeiterverrat“ im Zusammenhang mit Migration gibt es tatsächlich: Vor allem an den migrantischen ArbeiterInnen selbst, die oft unter gefährlichsten Bedingungen für Hunger-

löhne Knochenjobs ohne rechtlichen Schutz erledigen müssen – aber auch an den österreichischen ArbeiterInnen, deren Rechte ausgehöhlt werden, wenn die Bosse billige Arbeit aus dem Ausland einsetzen. Das ist aber nicht die Schuld der migrantischen ArbeiterInnen, im Gegenteil. Nur wenn alle ArbeiterInnen dieselben Rechte haben, können die Bosse (und die SPÖ) uns nicht mehr gegeneinander auspielen!



Widerstand von unten gegen den Rassismus von oben!

1,1 Millionen Menschen im wahlfähigen Alter sind vom Wahlrecht ausgeschlossen. Einem Viertel der Wiener Bevölkerung

damentalen Rechten weiter erschweren. Gleichzeitig sind MigrantInnen besonders von Angriffen auf Beschäftigte und Kollek-

Nur wenn die Gewerkschaft die Rechte von MigrantInnen verteidigt, kann sie uns alle verteidigen!

wird dieses Grundrecht verweigert. Es sind größtenteils ArbeiterInnen und Jugendliche. Menschen, die hier leben und arbeiten, Steuern zahlen und ins Sozial- und Gesundheitssystem einzahlen. Nun will Blau-Schwarz den Zugang zur Staatsbürgerschaft (außer für „SüdtirolerInnen“) und damit zu fun-

tivverträgen betroffen: ohne rechtlichen Schutz und kollektive Stärke als Verhandlungsbasis sind sie besonders der Willkür der Bosse ausgesetzt. Diese freuen sich: Sie können dann MigrantInnen noch einfacher zum Lohndrücker einsetzen. Noch mehr Armut und Rechtlosigkeit – das haben FPÖ und

ÖVP einer Million ArbeiterInnen und Jugendlichen ohne österreichische Staatsbürgerschaft zu bieten. Vom Regierungs-Rassismus Betroffene müssen sich zusammenschließen – in den Betrieben, Vereinen und Nachbarschaften – und sichtbar für ihre Rechte kämpfen. So können wir Druck auf die Gewerkschaften ausüben. Denn ihre Aufgabe ist es, die Interessen ALLER Beschäftigten und ihrer Familien zu vertreten. Die Gewerkschaften müssen die rassistische Agenda der Reichen zurückschlagen und Rechte und bessere Bedingungen für MigrantInnen erkämpfen. Nur so können wir verhindern, dass im Dominoeffekt bald wir alle unter die Räder kommen. **Sebastian Kugler**



Die Regierung will Integration verhindern

Kasernieren, Konzentrieren... egal, welche Worte Kickl & Co wählen – der Gedanke bleibt derselbe: die Regierung will Flüchtlinge in Lagern zusammenpferchen und ihnen das wenige, was sie haben, wegnehmen. Dadurch will sie die Probleme schaffen, die sie vorgibt, zu bekämpfen: wer viele Menschen auf engem Raum wie Tiere einsperrt – der will, dass es kracht. Konflikte in und um Massenquartiere geben der Regierung Mu-

nition für noch mehr Rassismus und Law and Order. Dafür sollen Flüchtlinge leiden und, wenns sein muss, sterben. Berechtigte Zweifel der lokalen Bevölkerung an solchen Maßnahmen will die Regierung ebenfalls rassistisch umlenken. Währenddessen stehen zigtausende Wohnungen aus Spekulationsgründen leer: es gibt genügend Wohnraum für alle, erkämpfen wir ihn uns gegen die Regierung der Rassisten und Spekulanten!



Die SPÖ in der Opposition

„Opposition ist Mist“ – das galt in der SPÖ lange Zeit als Leitspruch. Dass der Mist Wirklichkeit geworden ist, hat die SPÖ vor al-

rantInnen“ aus: Kern weigerte sich, eine Handvoll minderjähriger Flüchtlinge im Rahmen eines Relocation-Programms auf-

cher und Überwachungsstaat. All das wäre glaubwürdiger, wenn sie selbst nicht diese Politik umsetzen würde (siehe un-

ne ÖGB-Führung rettete Schwarz-Blau, indem sie die Streiks abbrach. Echte Oppositorien geht anders: Wenn die SPÖ es ernst meint, dann sollen SPÖ-geführte Länder und Kommunen wie Wien sich weigern, die Kürzungspläne der Regierung und die Angriffe auf Grundrechte umzusetzen – ohne Ausreden auf „Sachzwänge“. Darauf zu hoffen ist aber zu wenig: Wir können es uns nicht mehr leisten, immer wieder von der SPÖ-Führung enttäuscht zu werden. Wir brauchen endlich eine neue ArbeiterInnenpartei, die kompromisslos für die Interessen von ArbeiterInnen, Frauen und MigrantInnen kämpft.

Thomas Hauer
und Sebastian Kugler

Die SPÖ blinkt nun sowohl links als auch rechts – ist ein Kurswechsel zu erwarten?

lemt sich selbst zu verdenken. An der Regierung hat sie in den letzten Jahren auf allen Ebenen Sozialabbau betrieben: vom bundesweiten Sparpaket bis zu regionalen „Spitalsreformen“, denen ganze Stationen und Spitäler zum Opfer fielen. Gleichzeitig hat sie die rassistische Logik von FPÖ & Co an der Regierung weitgehend übernommen und spielte immer wieder „ÖsterreichischerInnen“ gegen „Migra-

zunehmen und schrieb im FPÖ-Stil einen Brief nach Brüssel – Doskozil ließ am Brenner Panzer gegen Flüchtlinge auffahren. Dadurch half die SPÖ, die Stimmung zu schaffen, die Schwarz-Blau an die Macht brachte: Berechtigte Wut über soziale Missstände, gegen jene gerichtet, die am wenigsten dafür können.

In Wien plakatiert die SPÖ nun gegen den 12-Stundentag, Mietwu-

ten). Dennoch: Kann die Oppositorien nicht zu einem Sinneswandel führen? Zumaldest beim letzten Mal war es nicht so. 2000–2007 war die SPÖ bereits in Opposition. 2005 stimmte sie dem neuen rassistischen Asylgesetz zu und trug auch die anderen rassistischen Maßnahmen mit. 2003 hing die Regierung durch Massenstreiks bereits in den Seilen – Doch die an die SPÖ gebunde-

Die sozialdemokratische Handschrift

12-Stundentag: Bereits jetzt müssen die Menschen hierzulande in vielen Bereichen 12 Stunden und mehr arbeiten, was die SPÖ allerdings bis heute nicht stört. Der allgemeine 12-Stundentag war darüberhinaus sogar auch in Christian Kerns Plan A vorgesehen. Die letzte allgemeine Arbeitszeitverkürzung in Österreich gab es übrigens 1975 – seither war die SPÖ 35 Jahre an der Regierung.

Flüchtlingspolitik: Die Menschlichkeit, die viele PolitikerInnen im Zuge der Flüchtlingskrise 2015 an sich entdeckt haben, hielt nicht lange. Bald danach war davon nicht mehr viel spürbar. Mit der SPÖ in der Regierung wurden bis Ende Oktober 2017 knapp 10.000 Menschen (13,4% mehr als im Vorjahr) abgeschoben, obwohl die Anträge zum Vergleichszeitraum 2016 mit 21.130 um 43,3% weniger waren.

Wien ist anders? Die Wiener SPÖ stellt sich als Bollwerk gegen Schwarz-Blau dar. Dabei betreibt sie selbst rassistische Law and Order Politik: Bürgermeister Häupl billigte die Räumung des Protestcamps selbstorganisierter Flüchtlinge. Die Wiener „Hausordnung“ setzte viele FPÖ-Forderungen um. Im sozialdemokratischen Wien stiegen die Mieten in den letzten Jahren unbremst, dafür kürzte die Regierung 7% der Spitalsbetten.

Eine Frage des Personals? Max Lercher stieg als linke Hoffnung der SPÖ-Jugend auf. Doch die Erniedrigung setzte bald ein: Bereits 2011 stimmte er im steirischen Landtag für brutale Sozialkürzungen. Als Bundesgeschäftsführer rückt er noch weiter nach rechts. Im Jänner verkündete er stolz, Jörg Haider würde heute SPÖ wählen. Die Liste der SPÖ-Hoffnungsträger, die sich als Enttäuschungen entpuppten, wird somit um noch einen Namen länger...

Der rechte Rand

Sprachrohr für die „Leuchtturmprojekte“ der schwarz-blauen Regierung sind ohne Zweifel Wolfgang Fellner’s Gratiszeitung „Österreich“ und natürlich die „Kronen Zeitung“. Mit hetzerischer Berichterstattung und Verharmlosung alarmierender Fakten wie der Streichung der Aktion 20.000 spielen sie Kurz und Strache in die Hände. Ungeachtet der Tatsache, dass Redakteure dieser Publikationen wegen Verhetzung angeklagt wurden bzw. dieser nur gegen Zahlung einer Diversion entgehen konnten, werden weiterhin Steuergelder in Höhe von knapp 2,5 Mio. Euro vergeben. „Krone“-Kolumnist Michael Jeannée wünschte sich im Zuge der Fußball WM 2014 gar einen „Endspielsieg“ und wandelte SA Kampflieder in Lobeshymnen auf die deutsche Nationalmannschaft ab. Auch Dietrich Mateschitz bietet auf seinem Privatsender „ServusTV“ dem Faschisten Martin Sellner, dessen Identitäre Bewegung sogar dem Verfassungsschutz zu rechts ist, eine Bühne und leistet seinen Anteil daran, die populistischen Lügen der Regierung unters Volk zu bringen. Die von Mateschitz’ Privatstiftung Quo Vadis finanzierte Plattform Addendum, welche durch „investigative, journalistische Recherche und Datenanalyse zu einem vollständigeren Bild der Wirklichkeit“ beitragen soll, wurde bereits im Vorfeld von der Süddeutschen Zeitung mit der rechts-ausßen US-Meinungswebsite „Breitbart“ verglichen. Es zeigt sich eine ganz offene Anbiederung der großen Medien an die Regierung, die sich dafür wohl mit Inseraten und Fördermitteln bedanken wird.

Daniel Krondraf

1987 gab der deutsche Stahlriese Krupp bekannt, das Hüttenwerk in Rheinhausen zu schließen. Die Antwort der ArbeiterInnen ging als „Rheinhausenstreik“ und als denkwürdiges Ereignis in die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung ein. StahlkocherInnen besetzten das Werk und die Produktion lief unter der Kontrolle der ArbeiterInnen weiter. Immer wieder wurde die Arbeit als Protest niedergelegt. Um Informationen zu verbreiten, war das Betriebsratsbüro teilweise 24 Stunden besetzt. Ein eigener Fernsehsender wurde aufgebaut. Auch die Bevölkerung wurde in den Streik eingebunden. Bei

Frisch gekämpft ist halb gewonnen!

der ersten Betriebsversammlung (BV) nahmen 10.000 Personen teil, 4.000 davon waren keine WerksarbeiterInnen. Alle BVs waren als öffentliche Protestveranstaltung gestaltet. Auch Brücken und Straßen wurden von der Bevölkerung als Zeichen der Solidarität gesperrt. Am 10. Dezember 1987 fand im Ruhrgebiet ein regionaler Generalstreik statt. Der Hafen und Bundesstraßen wurden von ArbeiterInnen aus verschiedenen Fabriken gesperrt und spontane Protestkundgebungen wurden veranstaltet. 173 Tage dauerte der Kampf. Er endet mit Erfolgen und Teilerfolgen. Die Schließung des Kruppwerks konnte zwar nur fünf Jahre hinausgezögert werden, aber mit den besten Sozialverträgen der Nachkriegsgeschichte. Erfolge gab es auch im Bergbau und bei Opel, wo weitreichende Verbesserungen und Zugeständnisse der Unternehmen durch die Streiks erkämpft wurden.

Peter Hauer



Worauf wartet der ÖGB noch?

Information im Betrieb. Über 60.000 BetriebsrätInnen gibt es, fast alle sind im ÖGB. Dieser ist

Aktiv im Betrieb. Die Betriebsversammlungen müssen offen beraten und über Widerstandsaktionen

einbezogen. Die entstandenen Komitees können sich zusammenschließen und einen bundesweiten Aktionsstag auf die Beine stellen.

Mit Streiks die Angriffe zurückzuschlagen! Schwarzblau erfüllt die Wünsche der Unternehmen, der Widerstand muss also dort ansetzen. Mit öffentlichen Betriebsversammlungen, die die Arbeit unterbrechen und so wirtschaftlichen Druck ausüben, könnte der Widerstand verstärkt werden. Das könnte der Auftakt für bundesweite Streiks sein. Der kommende ÖGB-Kongress muss im Zeichen der Vorbereitung so einer Streikbewegung stehen.

Nicht auf die ÖGB-Spitze warten! Eine organisierte

Gewerkschaftslinken gibt es kaum. Der Wunsch, etwas zu tun ist aber viel größer als das reale linke Angebot in Betrieb und Gewerkschaften. Es gibt einzelne Basisinitiativen (wie CARE-Revolution, KNAST, sozialabernichtblöd...). Wenn sich diese mit linken Gewerkschaftsgruppen und widerständigen BetriebsrätInnen zusammenfinden, kann daraus eine kämpferische Gewerkschaftslinken entstehen. So können wir die Angriffe konkret bekämpfen und eine sichtbare Alternative zur Ruhighaltepolitik der ÖGB-Spitze aufzeigen. Diese Alternative brauchen wir: gegen schwarz-blau, in der Arbeit und im ÖGB.

Michael Gehmacher

Flüchtlingsbetreuer,
seit 26 Jahren ÖGB-Mitglied

Was können GewerkschafterInnen tun, die nicht auf die ÖGB-Spitze warten wollen?

gefordert. In Betriebsversammlungen können KollegInnen über die unmittelbaren Auswirkungen der Regierungspläne auf sie selbst informiert werden. Auch aktive Gewerkschaftsmitglieder können (unterstützt von Gewerkschaftssekretären) diese Betriebsversammlungen organisieren.

entscheiden. Der große Erfolg der Demonstration am 13.1. zeigt: Viele KollegInnen wollen etwas tun, sie können sich in Aktionskomitees organisieren. Vom Transparent aus dem Bürofenster bis zur öffentlichen Kundgebung: Es gibt viele Aktionsmöglichkeiten. Auch Erwerbsarbeitslose und PensionistInnen gehören gleichberechtigt



Sozialarbeit: Gemeinsam gibt's mehr Geld

Bundesweit arbeiten mehr als 160.000 Beschäftigte im privaten Sozialbereich. Doch statt eines Kollektivvertrags gibt es fünf verschiedene: SWÖ-, Caritas-, Diakonie-, Diakonie de la Tour- und SOS-Kinderdorf-KV. Jeder wird separat ausgehandelt, was zu unterschiedlichen Bedingungen führt.

Für uns Beschäftigte stehen im Mittelpunkt der Verhandlungen spürbare Lohn- und Gehaltserhöhungen, Verbesserung der

Zuschläge, Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn und eine generelle Höherstufung der Pflegeberufe. Gemeinsam wäre das erfolgreicher als getrennt - daher braucht es einen einheitlichen KV, der die besten Elemente jedes KV als Basis hat.

Die Caritas-Betriebsräte haben solidarisch zur Demo für einen besseren SWÖ-KV am 24.1. aufgerufen. Ein guter erster Schritt, aber es darf nicht beim Säbelrasseln bleiben. Orga-

nisierung an der Basis, KV-übergreifend ist notwendig. Gemeinsam können wir mehr Geld vom Staat, aber auch der katholischen Kirche, die Steuerprivilegien hat und auf Milliarden sitzt, erkämpfen. Kämpferische Initiativen wie "Sozial, aber nicht blöd", bringen Beschäftigte aus verschiedenen KVs zusammen, um für die gemeinsamen Ziele und einen einheitlichen KV zu kämpfen.

Ein Caritas-
Obdachlosenbetreuer

„Was bedeuten Schwarz und Blau? – Rassismus und Sozialabbau“

Der Widerstand gegen Schwarz-Blau gewinnt zunehmend an Dynamik. Bereits am 4. und 5. Dezember demonstrierten in Linz einmal 2.000 und einmal 4.000 Menschen gegen das brutale Sparpaket der schwarz-blauen Landesregierung.

Rund um den 18.12., den Tag der Angelobung von Schwarz-Blau, gab es in ganz Österreich laute Proteste: 2.000 demonstrierten in Innsbruck und 500 in Salzburg, zwei Tage davor ebenfalls 700 in Graz. In Wien beteiligten sich 6.000-10.000 an den Mobilisierungen. Die Groß-Demonstration am 13.1. sprengte dann alle Erwartungen: Bis zu 70.000 kamen, um gegen die sexistische, rassistische Politik der Reichen zu demonstrieren. Die letzten Gruppen konnten am Westbahnhof erst losgehen, als die ersten bereits am Heldenplatz ankamen - die gesamte MaHü war Widerstand! Das war die größte Demonstration seit langem und ist ein starkes Signal. Aber um wirklich etwas zu verändern, bedarf es mehr.

Deswegen veranstaltete die SLP schon am 6.12. eine Widerstands-Werkstatt in Wien, zu der auch TeilnehmerInnen aus Linz und Eisenstadt kamen und über weitere Schritte für den Widerstand diskutierten. Deswegen unterstützen wir neugegründete Ba-

sisinitiativen wie #lernergerne oder die Initiative Kritischer Lehramtsstudierender (IKL). Und deswegen boten wir genau diesen Initiativen mit unserem Lautsprecherwagen eine Plattform auf der Großdemonstration. VertreterInnen der verschiedenen Gruppen hielten Reden, machten klar was Schwarz-Blau für ihre Bereiche wirklich bedeutet und - noch viel wichtiger - zeigten, wie Widerstand in der Praxis geht: sich zusammenschließen und aktiv werden! Gemeinsam mit BasisaktivistInnen und Initiativen formierten wir einen lauten, kämpferischen Block am 13.1.

Unsere Strategie überzeugt immer mehr Menschen. Auf der Demo verteilt wir fast 5.000 Flyer mit einem 6-Punkte-Plan zum Sturz der Regierung, verkauften über 100 Zeitungen und unzählige Buttons. 56 Interessierte haben sich an diesem Tag auf unseren Listen zum Aktivwerden eingetragen - und eine Person ist offiziell beigetreten.

Wir wollen Leuten zeigen, dass es möglich ist, selbst Widerstand zu leisten, egal in welchem Rahmen. Wir versuchen, Leute dazu zu motivieren, sich zu vernetzen und zu organisieren. Nur zusammen können wir etwas erreichen!

Philipp Chmel



#metoo-Proteste

Am 25. November, dem internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, organisierten AktivistInnen der SLP gemeinsam mit anderen in Linz und Wien Proteste unter dem Motto

Entsprechend laut war auch die Demonstration.

Auch in Linz organisierten AktivistInnen der SLP eine Kundgebung zum Thema. Celina von der SLP stell-

ten sind betroffen und das sind keine Einzelfälle. Sexualisierte Gewalt in egal welcher Form ist in unser gesellschaftliches und wirtschaftliches System Kapitalismus integriert.“

SLP und Nicht mit Mir organisieren in Wien und Linz Proteste gegen sexualisierte Gewalt an Frauen.

"#metoo gegen Sexismus und Gewalt an Frauen".

In Wien haben über 200 Menschen mit einer entschlossenen Demonstration über die Mariahilfer Straße die #Metoo Kampagne auch in Österreich vom Internet auf die Straße gebracht. Viele Frauen nutzten Schilder und Plakate, um ihrem Unmut Luft zu machen.

te klar: „Sexuelle Gewalt ist kein Phänomen, das es nur in Hollywood oder im Showbusiness gibt, es findet sich durchgehend in der ganzen Gesellschaft wieder! Sexuelle Gewalt ist eine besonders perfide Form von gezielter Unterdrückung, Machtdemonstration und Erniedrigung. Vor allem Frauen und LGBTQ Perso-

Bei allen Protesten wurde auch auf die aktuelle Kürzungspolitik hingewiesen. Die Pläne von schwarz-blau bei Kindergärten, im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich werden vor allem Frauen hart treffen. Die Proteste waren daher auch eine Einladung, selbst aktiv zu werden.

Graz-Gries: Nein zur Unterführung!

Gries ist der ärmste und am dichtesten besiedelte Bezirk in Graz. Die schwarz-blauen Stadtregierung plant genau hier den Bau der Unterführung „Josef-Huber-Gasse“, die den gesamten Autoverkehr aus dem Westen durch Gries ins Zentrum bringen soll. Graz ist jetzt schon die Stadt mit der höchsten Luftverschmutzung in Österreich. Bürgermeister Nagl lässt sich dieses sinnlose Großprojekt 200 Millionen Euro kosten. Geld, das dringend für den

Ausbau des öffentlichen Verkehrs benötigt werden würde.

Gegen den Bau dieser Unterführung hat sich eine BürgerInneninitiative gebildet, Unterschriften wurden gesammelt, woran sich auch die SLP beteiligt hat. Auf Initiative der SLP wird es auch jetzt, noch vor Baubeginn, ein Nachbarschaftstreffen geben, um möglichst viele AnrainerInnen einzubinden, um das Projekt zu stoppen.

Termin des Monats

12. Februar: Führung & Lesung

Der Aufstand der ArbeiterInnen gegen den Austrofaschismus zeigt das Potential für Widerstand in der ArbeiterInnenklasse und jenes für das Versagen und den Verrat des Reformismus in Gestalt der Sozialdemokratie. Lehren, die auch heute wichtig sind, können aus diesem Ereignis gezogen werden. Wir laden zur Stadtführung im Westen Wiens mit anschließender Lesung.

Stadtführung am 12. Februar:

Treffpunkt 17³⁰ Uhr - U3 Station Ottakring

Anschießend Lesung von Andreas Pittler in der Libreria Utopia (15; Preysinggasse 26-28): Best of working class aus Kreuzweg und Bronstein

Dieses Jahr haben die Demonstrationen gegen den „Akademikerball“ der rechtsextremen Burschenschaften eine besondere Bedeutung, denn nun sitzen diese Burschenschafter in der Regierung. Der Ball wird zum Regierungsevent, zu einer Brücke zwischen Regierung und Ultrarechten. Die sind dort regelmäßige Gäste, etwa Patrik Brinkmann, ein wegen Steuerhinterziehung verurteilter schwedischer Großunternehmer, der als Finanzier homophober und islamfeindlicher Gruppen auftritt und beste Kontakte mit NPD und russischen Neonazis unterhält. Ebenfalls zu den Teilnehmern zählten Mat-

Rote Seitenblicke

thias Faust, Chefredakteur der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ und Bruno Gollnisch, Holocaustleugner und Politiker des Front National. Für eine vollständige Liste der rechts-rechtsaußen BallbesucherInnen reicht der Platz nicht, doch auch in diesem Jahr werden sie wieder in der Hofburg tanzen. Vizekanzler Strache und die 3. Nationalratspräsidentin Kitzmüller haben sich ankündigt, während die FPÖ auf den Opernball verzichtet. 2017 sagte ein FPÖ-Spitzenpolitiker, der Ball sei nur ein Symbol, demonstriert würde gegen den Staat, die freiheitliche Gesellschaftsordnung und das Privateigentum. Er hat recht. Wir demonstrieren gegen einen Staat, der Ultrarechte in der Hofburg tanzen lässt, gegen eine Gesellschaftsordnung, in der Rassismus, Sexismus und Homophobie auf der Tagesordnung stehen und gegen ein Privateigentum, das sich immer mehr auf die Superreichen konzentriert, während der Rest der Bevölkerung leer ausgeht.

Manuel Schwaiger



Kultur: Wer ist hier abgehoben?

Die Regierung zieht auch gegen Kultur ins Feld. Im Regierungsprogramm steht zur Kulturförderung: „klarer Ergebnisorientierung – weg vom Gieß-

sich eben auch am freien Markt bewähren. Davon ausgenommen sind natürlich „Brauchtum“ und alles was den Tourismus fördert.

aber auch Volkskultur und Blasmusik) sind es sogar 30 % weniger. Viele Vereine werden zusperren müssen, Jobs werden verloren gehen.

Schwarz-Blau will Kultur nur für die Elite und den Kommerz, während sie breite Angebote streichen.

kannenprinzip“. Überetzt heißt das, jegliches Kulturangebot muss verwertbar sein und alles, was nicht rentabel ist, wird fallen gelassen. So meinte Walter Rosenkranz, Kultursprecher der FPÖ, schon vor der Wahl, dass er Subventionen für freie Initiativen „eher einschränken“ würde. Denn bis zu einem gewissen Grad müsse man

Die schwarz-blaue Landesregierung in Oberösterreich hat's vorgemacht: Das beschlossene Budget 2018 bedeutet nicht nur einen brutalen Kahlschlag im Sozialwesen, sondern auch einen massiven Einschnitt bei Kultur. Regionalen Kulturvereinen werden 10 % der Gelder gestrichen, bei allen anderen Kulturangeboten (z.B. zeitgenössische Kunst,

Die Regierung spricht dabei von einem „Förderungsdschungel“ und stellt es so dar, als ginge es hier lediglich um einen abgehobenen (linkslinken) „Kultursumpf“. Tatsächlich geht es dabei oft um regionale Kulturzentren, die nicht nur ein kulturelles, sondern auch soziales Angebot für die Lokalbevölkerung bieten. Dort wird Bildungsarbeit

geleistet, es gibt Programme für Kinder und Senioren und sie sind oft die einzigen Räume für Jugendkultur. Gerade am Land und gerade ange-sichts der aktuellen Kürzungen bei Jugendzentren haben diese Kulturvereine eine wichtige Rolle und sind oft das einzige Angebot.

Währenddessen bleiben die etablierten Institutionen der „Hochkultur“, wie das Landes- und Musiktheater, unangetastet, weil diese direkt vom Land verwaltet werden bzw. Geld bringen. Kunst wird aber deshalb mit öffentlichen Mitteln gefördert, weil sie dadurch unabhängig und kritisch bleiben kann. Doch das ist Schwarz-Blau ein Dorn im Auge.

Jan Millonig

ÖSV: Öffentlich Schweigen (über) Vergewaltigung

Skisport ist in Österreich eine heilige Kuh – er bringt Medaillen, fördert den Tourismus und ist seit 1945 Projektionsfläche der nationalen Identität. Ex-Skiläuferin Nicola Werdeniggs Enthüllungen zeitgleich mit #Metoo brachen ein Tabu – bisher wurde über systemimmanente sexualisierte Gewalt (die nicht nur Frauen betrifft) nicht gesprochen. Stattdessen verlassen immer wieder SportlerInnen den ÖSV und fahren für Mini-Teams. Die Reakti-

onen von Schröcksnadel & Co. (Assinger: „Die Diskussion schadet dem Skisport“) – Business as usual. Der ÖSV hat zwar eine Kommission eingerichtet und Aufklärung angekündigt, doch die Besetzung durch den bisher schweigenden ÖSV schafft kein Vertrauen. Viele werden sich einfach nicht melden.

Was nötig wäre: Eine Bewegung – von Fans, Angehörigen und SportlerInnen, egal ob betroffen oder nicht –, um zu

zeigen, dass es für sexualisierte Gewalt null Toleranz gibt. So könnte eine von ÖSV, Politik und Skiindustrie unabhängige Kommission (z.B. besetzt mit VertreterInnen von Gewerkschaften und Betroffenenorganisationen) erreicht werden. Wichtig ist auch die Verbindung zu den Protesten gegen das schwarz-blaue Frauenbild. Denn Sportminister Strache wird wohl nicht viel zur Aufklärung beitragen.

Laura Rafetseder



VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Lehrling sein ist kein Honigschlecken

Geht es nach Politik, Wirtschaft und Gewerkschaft, steht es um die Lehrausbildung in Österreich gut. Die im EU-Vergleich mit 9,3%(!) niedrige Jugendarbeitslosigkeit und die hohe Qualität der FacharbeiterInnenausbildung werden landauf und landab gelobt. Trotzdem sinken die Zahlen der Lehrlinge und der Ausbildungsbetriebe seit gut 20 Jahren kontinuierlich. Und das bei gleichbleibendem Gejammer der Wirtschaft über Fachkräfte-Mangel.

an Berufsschule und Feedback der Lehrlinge, Überstunden, fehlender Kontakt zu den AusbildnerInnen, mangelnde Vorbereitung auf die Lehrabschlussprüfung (LAP), die ja den betrieblichen Teil der Ausbildung abdeckt. 54% denken über den Abbruch oder Wechsel der Lehre nach.

An Ideen für eine Verbesserung der Lehre mangelt es nicht. Doch schnell kommt das Totschlagargument: „da spielen die Betriebe nicht mit“. Und tat-

Die Erklärung der Betriebe ist – wenn auch mit anderen Worten –, dass die Jugendlichen einfach „zu faul“ oder „zu dumm“ sind. Tatsächlich fielen 2011 rund 20 % bei der LAP durch. Jeder 5. Lehrling scheitert also bei Dingen, die im Betrieb gelernt hätten werden sollen. Anstatt die Jugendlichen auszubilden, werden sie viel zu oft als günstige Arbeitskraft gesehen.

Veränderungen bei der Lehre spiegeln Veränderungen in der Wirtschafts-

als FacharbeiterInnen sind heute kein Seltenheit mehr. Mit dem großen Vorteil, dass die Betriebe sich nicht selbst um die Ausbildung kümmern müssen. Nicht umsonst hakt hier auch die neue Türkis-Blaue Koalition ein. Dass die Anzahl der Lehrlinge sinkt, liegt nicht am schlechten „Menschenmaterial“. Betriebe stellen Lehrlinge dann an, wenn sie wo anders die nötigen Fachkräfte nicht herbekommen bzw. wenn sie mehr am Lehrling verdienen, als er sie kostet. So simpel ist das, so ausbeuterisch ist das im Kapitalismus.

Angelehnt an das deutsche Modell „Meister statt Master“ heißt es im Regierungsprogramm „Land der Meister“. Um die Lücke beim Fachkräftebedarf der Wirtschaft zu schließen, soll die Berufsbildung aufgewertet werden sowie MaturantInnen und Uni-AbsolventInnen in die Betriebe geholt werden. Indirekt wird damit zwar auch die Lehre aufgewertet, an Lehre und Berufsschule wird sich nicht viel ändern und für „normale“ Lehrlinge wird es schwerer. Wenn es darum ginge, könnten die Betriebe auch heute schon mehr Lehrlinge ausbilden. Tun sie aber nicht, weil sie lieber „ferti-

ge“ FacharbeiterInnen von Schulen, Unis, Lehrgängen oder Fachhochschulen bekommen. Ganz im Gegenteil, durch die Maßnahmen der neuen Regierung wird der Druck auf den Lehrlingsmarkt noch weiter steigen, noch weniger Jugendliche aus den Städten mit Mittelschulbildung werden Lehrstellen bekommen. Aber das interessiert FPÖ/ÖVP auch nicht, ihnen geht es nur darum, der Wirtschaft ihre „Fachkräfte“ zukommen zu lassen.

Ist die Lehre damit in einer Sackgasse angekommen? Solange in manchen Bereichen Lehrlinge billige Arbeitskräfte bleiben: nein. Abseits davon wird die Konkurrenz höher weil qualifizierte Fachkräfte der Lehre weiter das Wasser abgraben. Die Aufrechterhaltung der Konkurrenz wie auch der Existenz als billige Arbeitskräfte kann nicht in unserem Interesse liegen. Die Kombination von theoretischer und praktischer Ausbildung ist aktuell wie nie. Insofern braucht es eine radikale Veränderung der dualen Ausbildung hin zu einer Gesamtschule mit eingebetteter Berufsausbildung.

Albert Kropf (Berufsschullehrer), **Christoph Glanninger** (Lehrling) & **ein ÖBB-Lehrling**

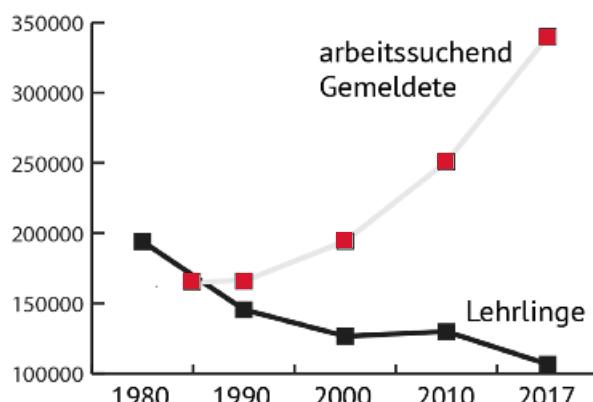
Lehrlinge haben alle Probleme, die im Kapitalismus für ArbeiterInnen gelten, plus einige dazu.

Wie geht das alles zusammen?

Dazu kommen dann noch unzufriedene Jugendliche. Viele müssen etwas lernen, was sie nicht interessiert und die Ausbildung ist oft alles andere als gut. Seit einiger Zeit gibt die Gewerkschaftsjugend ÖGJ den „Lehrlingsmonitor“ heraus. Darin spiegeln sich die Erfahrungen der Jugendlichen in der Lehrausbildung wider: ausbildungsfremde Tätigkeiten, wenig Interesse der Lehrbetriebe

sätzlich gibt es hier ein Problem. Gerade kleine und handwerkliche Betriebe setzen auf die billige Arbeitskraft „Lehrling“. Dieses „Problem“ steckte aber von Beginn an in der „dualen Ausbildung“ und leitet sich aus der Geschichte des Handwerks ab. Dort musste früher sogar Lehrgeld für die Ausbildung bezahlt werden. Etwas, was heute noch immer viele Lehrlinge von Vorgesetzten und Lehrern unter die Nase gehalten bekommen.

Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Schaffung von Lehrstellen und Arbeitslosigkeit?



Quelle: AMS Grafik: SH © SLP 2018

Zahlen & Fakten zur Lehre

Sinkende Lehrlingszahlen: 2005 gab es noch 122.378 Lehrlinge, 2017 nur noch 106.613. Außerdem arbeiten und lernen immer mehr Lehrlinge nicht mehr in Betrieben, sondern in der überbetrieblichen Ausbildung: Von 2007 bis 2017 hat sich die Anzahl von Jugendlichen in dieser überbetrieblichen Ausbildung auf 9.101 verdreifacht – jedeR 11. Lehrling lernt nicht mehr im Betrieb. Innerhalb eines Jahrzehntes (2007–17) ist die Anzahl der Lehrbetriebe um ein Viertel oder mehr als 10.000 Lehrbetriebe gesunken.

Unzufriedene Lehrlinge: nur 16% mussten noch nie ausbildungsfremde Tätigkeiten verrichten. 23% haben ernsthaft daran gedacht, ihre Ausbildung abzubrechen und 31% ihren Lehrberuf zu wechseln (v.a. in Einzelhandel, Gastronomie, Hotel- und Gastgewerbe, Karosseriebautechnik, Tischlerei, Malerei- und BeschichtungstechnikerIn). 36% davon, weil sie zu wenig verdienen.

Wenig Geld: einE FriseurIn im ersten Lehrjahr verdient magere 470€. Die Lehrlingsentschädigung wird kollektivvertraglich festgelegt (eine schriftliche Vereinbarung zwischen Gewerkschaft und Unternehmen) und unterscheidet sich stark in den verschiedenen Bereichen. EinE Büro-

kaufmann/frau verdient in verschiedenen Branchen unterschiedlich, je nachdem, welcher KV angewandt wird.

Illegal Tätigkeiten: Obwohl nicht volljährige Lehrlinge keine Überstunden machen dürfen, geben 36% aller unter 18-jährigen Lehrlinge an, Überstunden zu machen. Auch an Sonn- und Feiertagen dürfen Minderjährige (außer in Ausnahmefällen) nicht eingesetzt werden – theoretisch.

Ausbildung egal: 43% haben wenig oder nicht mit ihrem/r AusbilderIn darüber gesprochen, was bei der LAP (Lehrabschlussprüfung) gekonnt werden muss. 39% fragt im Betrieb niemand, was sie in der Schule lernen. 38% geben an, dass die Arbeiten, die sie im Betrieb lernen, in der Schule nicht behandelt werden

Jugendvertrauensrat (JVR): Gibt es in einem Betrieb mindestens fünf Beschäftigte unter 18 bzw. Lehrlinge unter 21, so ist ein JVR zu wählen. Trotzdem gibt es in den meisten Betrieben keinen. JVR haben z.B. das Recht, die JVR-Tätigkeit in der Arbeitszeit zu erledigen und alle sechs Monate ist eine Jugendversammlung (eine Versammlung aller Beschäftigten unter 18 bzw. Lehrlinge unter 21) vorgesehen. Wann war eure letzte?

Ausbildung statt Ausbeutung! Unsere Forderungen für die Lehre!

Im Regierungsprogramm steht die „Aufwertung der Lehrberufe durch eine Imagekampagne für Lehrlinge“. Das Geld kann man sparen, es geht nicht um „Image“, sondern um Verbesserungen bei Bezahlung, Ausbildung und Berufsschule.

plätze besetzen, zahlen eine Abgabe. Mit dieser Abgabe können hochwertige staatliche Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Hochwertige überbetriebliche Ausbildung: Früher galt eine überbetriebliche Lehre z.B. bei der Verstaatlichten, als qualitätsvoll und

ist die Höhe der Lehrlingsentschädigung katastrophal – unabhängig von der Leistung der Lehrlinge. Auch sind viele Lehrlinge erwachsen. Reicht die Lehrlingsentschädigung für manche 15jährige, die nichts zuhause abliefern müssen, noch als üppiges Taschengeld, ist für Ältere, die eine eigene Wohnung oder sogar Kinder haben, an ein Auskommen nicht zu denken. Selbst die Aufstockung durch die Mindestsicherung bleibt vielen verschlossen, sofern sie schon eine Ausbildung (Fachschule, Matura etc.) abgeschlossen haben. Viele müssen die Ausbildung abbrechen und stattdessen irgendeinen Gelegenheitsjob machen.

Aber nicht nur zwischen den Lehrberufen (über 200!), sondern auch in der gleichen Berufsgruppe gibt es riesige Unterschiede bei der Lehrlingsentschädigung je nach dem, zu welchem KV sie gehören. Es braucht also nicht nur eine Zusammenfassung zu Flächenlehrberufen, sondern auch eine Vereinheitlichung der Lehrlingsentschädigung und Anpassung an die tatsächlichen Bedürfnisse der Lehrlinge.

Für Unternehmen sind Lehrlinge ein Kostenfaktor, der sich rechnen muss: sie sollen möglichst viel Zeit im Betrieb verbringen, möglichst lange arbeiten und möglichst leicht wieder entlassen werden können. Während Jugendliche, die eine Lehre beginnen, genug Geld, gute Arbeitsbedingungen und eine möglichst gute und umfangreiche Bildung brauchen

Ausbildungsplätze schaffen: Seit Jahrzehnten gehen die verfügbaren Lehrstellen zurück. Unternehmen weigern sich auszubilden. Sie lagern die Kosten für Ausbildung lieber aus und holen FacharbeiterInnen direkt von Fachhochschule oder HTL. Sie profitieren also von staatlich finanziertter Ausbildung. Eine Möglichkeit, um hier „Kostenwahrheit“ herzustellen, ist eine Ausbildungsabgabe für alle Unternehmen, deren Höhe von der Betriebsgröße und den Profiten abhängt. Betriebe, die nicht ausreichend Ausbildungs-

anstrebenswert. Den kapitalistischen Notwendigkeiten folgend wurde die Ausbildung aber zunehmend an den Staat ausgelagert. Doch dieser hat nicht erstklassige Ausbildungsstätten geschaffen, sondern Selbstbedienungsstrukturen, bei denen Jugendliche Zeit absitzen müssen und Private sich eine goldene Nase verdienen. Heute ist es für viele ein „Aufstieg“, aus so einer „Überbetrieblichen“ in eine normale Lehrstelle zu wechseln, selbst wenn das dort Ausbeutung als billige Arbeitskraft heißt.

Unsere Alternative sind durch die Ausbildungsabgabe finanzierte qualitativ hochwertige staatliche Ausbildungsplätze für dringend benötigte Berufe mit ordentlicher Bezahlung. So schaffen wir nicht nur genügend Ausbildungsplätze, sondern verhindern auch, dass Unternehmen permanent das Schaffen von Ausbildungsplätzen als Druckmittel zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für Lehrlinge nutzen.

Bezahlung, die zum Leben reicht: In vielen Bereichen

Dienjenigen, die eine Lehre

Unsere Forderungen orientieren sich an den Bedürfnissen von Lehrlingen ...



beginnen, sind zwar oft motiviert, aber dann rasch mit miesen Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen konfrontiert. Sie werden häufig als billige Arbeitskräfte missbraucht, bekommen kaum eine oder nur auf den Betrieb zugeschnittene Ausbildung („Systemastronom“ bei Mc Donalds) und das Unternehmen interessiert sich nicht dafür (siehe Zahlen&Fakten). Die

österreichweit 120.000 BerufsschülerInnen. Sie starten oft schon um 7:10 in der Früh, haben einen Schultag von bis zu zehn Stunden, bei dem die An- und Abfahrtswege noch gar nicht eingerechnet sind. Die Gegenstände sind weitgehend berufsbezogen, Allgemeinbildung und Sport sind im Pflichtprogramm nicht vorgesehen. Hirn- und Lernforschung sind sich

schaftssystem ist ein Hindernis für die Entwicklung von jungen Menschen. Durch Trennung in AHS, Neue Mittelschule und Berufsschule und wegen der fehlenden finanziellen Mittel (außer in Privatschulen) wird eine Zweiklassenbildung gefördert.

Was es braucht, ist eine grundlegende Neuausrichtung des gesamten Ausbildungs- und Schulsystems, bei dem nicht Profitinteressen, sondern die Bedürfnisse von jungen Menschen im Zentrum stehen. So könnten wir z.B. auch die strikte und bremsende Trennung zwischen schulischer, universitärer und beruflicher Ausbildung überwinden. Denn auch als Lehrlinge wollen wir uns mit allgemeinen Themen beschäftigen und auch SchülerInnen und Studierende wollen sich mit Praktischem beschäftigen.

Unser Ziel ist eine Gesamtschule aller 6-18 Jährigen, in der neben allgemeinen Bildungsaufgaben Jugendliche auch eine Berufsausbildung erlernen und ein Einkommen haben, das Unabhängigkeit ermöglicht. Das geht nur, wenn wir nicht nur die Ausbildung, sondern auch die Betriebe und die Wirtschaft selbst kontrollieren. Nur indem wir eine Gesellschaft erkämpfen, in der unsere Wirtschaft demokratisch durch alle Beschäftigten kontrolliert und auch nach deren Interessen organisiert wird, können wir auch ein Ausbildungssystem schaffen, in dem alle jungen Menschen die Möglichkeit haben, sich selbst zu verwirklichen.

...und legen sich daher mit den Interessen der Unternehmen an.

Ursache liegt nicht darin, dass die UnternehmerInnen „böse“ wären, sondern dass UnternehmerInnen in einer kapitalistischen Wirtschaft auf die Gewinne und nicht aufs Nett-sein schauen müssen. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass auch in den Betrieben die Kontrolle über die Ausbildung in den Händen jener liegt, die ein Interesse an einer guten Ausbildung haben und nicht nur an kurzfristigen Profiten. Gerade in größeren Betrieben wäre es leicht, Komitees bestehend aus Lehrlingen, GewerkschafterInnen und JugendvertreterInnen zu schaffen. Aber auch bei kleineren Unternehmen könnten betriebsübergreifende Komitees für eine ordentliche und umfassende Ausbildung sorgen.

Berufsschule erweitern: Beim Dauerbrenner Bildung wird nie über die Berufsschule diskutiert. Denn gerade die Berufsschule ist (finanziert aus Steuergeldern) nach den Interessen der Wirtschaft ausgerichtet. Dabei gibt es

einig, dass so lange, dichte und intensive Schultage sinnlos sind.

Trotzdem ist es eine wichtige Errungenschaft, dass es eine Berufsschule gibt. Für viele Lehrlinge ist sie der einzige Ort, wo sie zumindest etwas lernen. Es braucht eine Berufsschule, in der SchülerInnen eine umfassendere Bildung erhalten, die ihren Bedürfnissen entspricht. Dafür muss die Berufsschulzeit z.B. auf Kosten der Zeit im Betrieb auf mehrere Tage aufgeteilt und die Lehrpläne in Richtung von Flächenberufen und Allgemeinbildung mit Sport, Zeichnen etc. umgestaltet werden. Die echten ExpertInnen, SchülerInnen und LehrerInnen sollen gemeinsam diese Lehrpläne entwickeln.

Für eine Ausbildungsrevolution: Wir setzen uns aktiv für Verbesserungen für Lehrlinge in Betrieb und Berufsschule ein. Aber all diese Verbesserungen stoßen schnell an die Grenzen des Systems. Das gesamte Ausbildungs- und Gesell-



Marx aktuell

In früheren Gesellschaften gab es eine strikte Trennung von Kopf- und Handarbeit, beziehungsweise geistiger und körperlicher Arbeit: Fähigkeiten wie Lesen waren der Elite vorerthalten. Heute ist das durchschnittliche Bildungsniveau höher als in der vorkapitalistischen Zeit oder auch noch vor 100 Jahren. Das hat die ArbeiterInnenklasse erkämpft und auch der moderne Kapitalismus verlangt in weiten Teilen der Wirtschaft ein höheres Bildungsniveau, um diese Produktionsweise aufrecht erhalten zu können: Es muss mehr verwaltet als produziert werden. Grundkenntnisse wie Schreiben, Lesen und Rechnen sind heute auch in vielen der „einfachsten“ Berufe notwendig. Aber v.a. bedeutet eine allgemeinere Bildung eine breitere Einsetzbarkeit. ArbeiterInnen können einfacher zwischen verschiedenen Sektoren wechseln, je nach Bedarf.

Trennung von Kopf- und Handarbeit überwinden

Doch die Trennung zwischen Kopf- und Handarbeit besteht fort. Auf globaler Ebene wird auch heute noch ein Großteil der produzierenden ArbeiterInnen, vor allem in der neokolonialen Welt, von grundlegenden Bildung ausgeschlossen. Aber auch in reicherer, entwickelten kapitalistischen Ländern ist die Trennung nicht aufgehoben. Innerhalb der zunehmenden allgemeinen Teilung der Arbeit in immer kleinteilige Bereiche wird sie abstrakter. Zwar müssen im modernen Produktionsprozess Maschinen zunehmend mehr per Computer als direkt per Hand bedient werden – die Funktion der Trennung bleibt aber erhalten: Der „Kopf“ befiehlt, die „Hand“ führt aus. Die untere Ebene macht, was die obere Ebene sagt.

Der moderne Kapitalismus muss also Individuen allseitig bilden, zumindest bis zu einem gewissen Grad. Darüber hinaus behält die Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit ihre Funktion. Das spiegelt sich auch im Bildungssystem wider. Es wird zwischen jenen unterschieden, die eine höhere akademischere Ausbildung erhalten und jenen, die „das Radl am Laufen“ halten sollen.

Marx beschrieb das bereits 1863 wie folgt: „Es ist ja eben das Eigentümliche der kapitalistischen Produktionsweise, die verschiedenen Arbeiten, also auch die Kopf- und Handarbeiten oder die Arbeiten, in denen die eine oder die andere Seite vorwiegt, zu trennen und an verschiedene Personen zu verteilen, was jedoch nicht hindert, dass das materielle Produkt das gemeinsame Produkt dieser Personen ist oder ihr gemeinsames Produkt in materiellem Reichtum vergenständlicht;“ (Theorien über den Mehrwert)

Dieses gemeinsame Produkt der Arbeit, der „materielle Reichtum“, gehört jedoch denen, die am Produktionsprozess weder mit dem Kopf noch der Hand beteiligt sind – den KapitalistInnen, die die Betriebe besitzen. Ihnen nutzt eine in zahllose Unterabteilungen und Befehlsketten gegliederte ArbeiterInnenklasse. Das alles kann unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen nicht überwunden werden. Notwendig wäre stattdessen, dass Kopf- und Handarbeit im Produktionsprozess zusammenfallen. Das wäre nicht nur persönlich befriedigender, sondern auch ein Fortschritt weil diejenigen, die eine Arbeit ausführen, auch demokratisch bestimmen können, was, wie und wofür gearbeitet wird. Dies ist erst in einer sozialistischen Gesellschaft möglich, in der Bildung nicht mehr dazu dient, am Arbeitsmarkt möglichst verwertbar zu sein.

Nicolas Prettner, Sebastian Kugler



Lehrlinge in die Offensive!

Lehrlinge sind Teil der österreichischen ArbeiterInnenklasse und genauso von Angriffen und Verschlechterungen betroffen wie alle Beschäftigten. Als Jugendliche sind sie noch besonders betroffen, als weibliche Jugendliche noch mehr. Schon unter der letzten schwarz-blauen Regierung gab es Verschlechterungen für Lehrlinge wie die Verlängerung der Probezeit, die Verkürzung der

ressen. Eine überbetriebliche Vernetzung unter Lehrlingen ist also notwendig. Vor einigen Monaten wurde die BerufsschülerInnenvereinigung (BSV) von Lehrlingen selbst gegründet, um Lehrlinge in den Berufsschulen zu vertreten und zu organisieren. Hier werden Programm und Forderung, aber auch Aktionen und Kampagnen zum Mitmachen notwendig sein, damit diese Initiative viele Lehr-

sen nicht einmal, dass es die gibt, in Berufsschulen oder Betrieben (vor allem in kleineren) sieht man sie kaum. Nur in wenigen Fachgewerkschaften bestehen lebende Strukturen mit Kontakt zu den Lehrlingen. Ein wesentlicher Grund ist die völlige Identifikation des ÖGB mit der Sozialpartnerschaft. Eine starre, nur am Verhandlungstisch agierende Gewerkschaft ist gerade für junge Beschäftigte

den Unternehmen etc. – gibt es bei der ÖGJ genauso und teilweise noch schlimmer. Oft sind Jugendvertrauensräte keine Vertrauenspersonen, sondern werden als Teil einer Betriebsclique wahrgenommen, dem man eher misstraut. Wir brauchen aber JugendvertreterInnen in den Betrieben mit vollem Kündigungsschutz, die sowohl die spezifischen Interessen von Jugendlichen vertreten als auch vollwertiger Teil eines ausgebauten Betriebsrates sind und kämpferisch agieren. Die ÖGJ entpoliziert oft die eigene Arbeit: Es werden Clubbings und Partys veranstaltet, Geschenke verteilt, Gewinnspiele organisiert. Wird ein neuer (schwacher) Kollektivvertrag ausgehandelt, dann heißt es „gönn dir“. Laut Gesetz ist „in Betrieben mit einem/r JugendvertrauensrätIn [...] die Jugendversammlung alle 6 Monate vorgesehen.“ – in nur wenigen Betrieben ist das aber der Fall. Die Nähe von ÖGB und ÖGJ zur Sozialdemokratie ist hinderlich, denn die SPÖ vertritt schon lange nicht mehr die ArbeiterInnen in der Tat, auch wenn sie manchmal noch im Wort so tut. Sozialabbau und Privatisierungen wurden auch von der SPÖ vorangetrieben (die auch die Maßnahmen von schwarz-blau niemals

zurückgenommen hat), Verschlechterungen sind ein Resultat zahnloser Gewerkschaftspolitik.

Aber gerade in der kommenden Zeit wird es eine kämpferische Gewerkschaft brauchen. Es wird Proteste, Demonstrationen, (Betriebs-)Versammlungen und letztendlich Streiks und Besetzungen geben müssen, um sich dagegen zu wehren. Natürlich ist es schwer, wenn Lehrlinge alleine streiken wollen. Genau hier müsste man aber gemeinsam und gemeinsam mit der ganzen Belegschaft und auch auf der Berufsschule an einem Strang ziehen – dafür sind Gewerkschaften eigentlich da, dafür müssen wir sie zurückgewinnen.

Es geht aber nicht nur darum, Angriffe abzuwehren, sondern auch Verbesserungen zu erreichen. Die Lehre sollte nicht nur dafür da sein, um aus jungen Menschen brave ArbeiterInnen zu machen, die alles so nehmen wie es ist. Wir haben das Recht auf eine vielfältige Ausbildung, ein gutes Gehalt und eine sichere Zukunft. Das steht aber klar im Widerspruch zum kapitalistischen System, indem der Profit für Wenige und nicht die Interessen der Vielen zählt. Gehen wir in die Offensive!

„Es braucht eine Revolution von Lehrlingen in Betrieb und Berufsschule!“

Behaltfrist und die Ausdehnung der Lehrlingsarbeitszeit im Gastgewerbe. Die jetzige Regierung macht hier weiter und plant u.a. die Auflösung des Jugendvertrauensrates (JVR).

Stellt sich also die Frage: wie können Lehrlinge diese Angriffe zurückschlagen und eine bessere Ausbildung und Bezahlung erreichen?

Als erster Schritt ist es wichtig, sich zusammenzutun. Bei Treffen kann gemeinsam über Probleme geredet werden. Die beschränken sich aber nicht auf das Unternehmen, Lehrlinge aus verschiedenen Berufen haben oft gleiche Probleme und Inte-

linge organisiert und auch tatsächlich Verbesserungen erreicht.

Auch in den Betrieben muss man nicht alles akzeptieren – ob ein respektloser oder rassistischer Vorgesetzter, sexistische Belästigung im Job durch Vorgesetzte oder Kunden, ob Arbeiten, die man gar nicht machen darf oder zu wenig Geld – man kann sich wehren und v.a. auch gewinnen, wenn man es gemeinsam tut.

Es braucht eine Organisation, in der Lehrlinge aktiv werden können. Aber die gibt es ja mit der ÖGJ, der Österreichischen Gewerkschaftsjugend. Soweit die Theorie. Aber viele wis-

wenig interessant. Das ausgelutschte Argument „ohne uns wäre es noch viel schlechter“ greift hier noch weniger.

Dass die neue Regierung auch die Gewerkschaft angreifen will, zeigt der Plan, die Jugendvertrauensräte abzuschaffen. Ähnlich wie bei der Arbeiterkammer ist es wichtig, Organisationen der ArbeiterInnenbewegung zu verteidigen und gleichzeitig dafür einzutreten, dass diese endlich Kampforganisationen werden. Alle Schwächen und Fehler, die ÖGB und AK haben – z.B. Mega-Gehälter für PräsidentInnen, abgehobene Führung, fehlende Demokratie, faule Deals mit

Bildung in den Widerstand!

Schwarz-Blau holt zum Angriff auf die Bildung auf allen Ebenen aus: Studiengebühren sollen wiedereingeführt werden. Dadurch wird Studierenden aus ArbeiterInnenfamilien der Zugang zum Studium noch schwerer gemacht. Widerstand soll durch Sanktionen gegen die ÖH unterbunden werden. Schwarz-Blau planen „Deutschklassen“ – eine nett formulierte Maßnahme, um MigrantInnen zu isolieren. Sie wollen zurück zu Ziffernoten. Die sagen zwar nichts über den Lernfortschritt aus, funktionieren dafür zum Normieren und Aussortieren. Eine „leistungsorientierte“ Bezahlung von Lehrenden soll eingeführt werden: Je „schlechter“ SchüleInnen abschneiden, desto weniger Gehalt. Ob an einer Hotspotschule oder in einer Privatschule unterrichtet wird, ist egal.

Da kein zusätzliches Bildungsbudget geplant ist, werden die Ressourcen für Neue Mittelschulen und Polytechnische Schulen noch knapper. Es werden „Ghettoschulen“ entstehen. Auf die Konflikte, die so erzeugt werden, will Schwarz-Blau mit erhöhten Strafen gegen SchülerInnen und Eltern reagieren.

Schon werden Stimmen von Betroffenen laut: Schon am Tag der Angelobung streikten 1.500 SchülerIn-

nen gegen die Regierung. An den Fachhochschulen in Oberösterreich kämpft die Initiative „Aktion Aktiv“ gegen Studiengebühren und Sozialabbau. #Lernhegerne, ein Zusammenschluss von LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen, will nicht nur das Schulprojekt der „Integrativen Lernwerkstatt Brigittenau“, sondern fortschrittliche Bildungspolitik überhaupt verteidigen. Die „Initiative Kritischer Lehramtsstudierender“ (IKL), eine Gruppe von Studierenden der Pädagogischen Hochschule und der Universität Wien organisiert Lehramtsstudierende und Lehrende.

All diese Initiativen haben sich an der Demonstration gegen Schwarz-Blau lautstark beteiligt. Nun gilt es für alle, die im Bildungsbereich tätig sind, sich zu organisieren und Widerstand aufzubauen. Eine Möglichkeit dafür gibt es am 17. Februar: Da findet ein Vernetzungstreffen im Bildungsbereich im Haus der Begegnung in Wien Brigittenau statt. Dieses Treffen wird verschiedene Initiativen und Diskussionen über den Widerstand gegen Schwarz-Blau zusammenbringen.

FB: Vorbereitungsgruppe:
Vernetzungskonferenz
Bildung 17.2.

A black and white photograph showing a pile of crumpled, dirty banknotes and coins in a metal container, possibly a cash box or ashtray, resting on a textured surface. The notes are heavily stained and discolored. A metal frame or tray is visible behind the container.

Rauchen erst ab 18

Ab Mai 2018 sollte in der Gastronomie das vollständige Rauchverbot (keine getrenn-

Fortschrittlicher Jugendschutz oder leere populistische Bevormundung?

ten (Nicht-)Raucherber-
reiche) gelten. Die neue
Regierung zeigt durch
das Kippen des Geset-
zes, dass es nicht darum
geht, den Konsum von
gesundheitsschädlichen
Mitteln zu reduzieren.
Gleichzeitig fordert die
Regierung ein Rauchver-
bot für Jugendliche un-
ter 18 Jahren - angeblich
wegen des Jugendschut-
zes. Insbesondere die

FPÖ tritt damit heuchlerisch auf: Seit Jahren wird die Feinstaubbelastung in Wien kritisiert -

alleine im Nichtraucherbereich eines gemischten Lokals ist die Feinstaubbelastung aber ungefähr 6-7 mal so hoch wie in der Innenstadt. Dass es der Regierung nicht um Jugendschutz geht, kann man auch daran erkennen, dass Lehrlinge in der Gastronomie weiterhin ungeschützt dem Zigarettenrauch ausgesetzt werden.

Ein Verbot wird Jugendliche nicht vom Räuchen abhalten, weil viele Ursachen und Stressfaktoren unverändert weiter bestehen. Während Elite-Kinder in ihren Clubs rauchen, koksen etc können, können durch das geplante Gesetz insbesondere migrantische Jugendliche in Parks und öffentlichen Plätzen abgestraft und kriminalisiert werden. Das Anheben des Mindestalters für Zigarettenkonsum entpuppt sich also als leere populistische Maßnahme, um sozial Schwächere zu schikanieren, während die Gesundheit weiterhin den Profiten der (Tabak-) Industrie geopfert wird.

Stefan Brandl

Großer Apothekentest: Erster Erfolg, aber wir machen weiter

Im November 2017 wurde die Kampagne Mein Körper, meine Entscheidung, meine Pille danach von Nichtmitmir und Aufbruch ins Leben gerufen. Ziel war herauszufinden, wie reibungslos der Verkauf abläuft. Verkauft der/die ApothekerIn sie nach den zwei relevanten Fragen, wo sich der Zyklus der Frau befand und wie lange der Verkehr zurücklag? Oder wird moralischer Druck auf den/die KäuferIn ausgeübt? Einige Testkäufe

in verschiedenen Apotheken wurden bereits durchgeführt, die zeigten, dass es doch zu bevormundendem Verhalten kommen kann. Die Apothekenkammer hat von unserer Kampagne erfahren und MitarbeiterInnen aufgerufen, sich über eine korrekte Beratung beim Kauf der Pille danach zu informieren. Das ist ein großer Erfolg unserer Kampagne, da zumindest in nächster Zeit der Kauf einfacher ist.

Heldin des Monats



2018 jährt sich die Ermordung Sophie Scholls durch die Nazis zum 75. Mal. Ihre sozialistische Einstellung wird oft verschwiegen. Dabei schrieb die „Weiße Rose“ in einem Flugblatt: „Die Arbeiterschaft muß durch einen vernünftigen Sozialismus aus ihrem Zustand niedrigster Sklaverei befreit werden.“



Schweden: Lokale Kürzungen zurückgeschlagen

Rättvispartiet Socialisterna (SR, Sozialistische Gerechtigkeitspartei, CWI in Schweden) konnte in dem Viertel eine starke Position aufbauen in der Nachbarschaft, in Betrieben und Nachbarschaftsorganisationen. Dieses Beispiel zeigt, wie lokale Grassroot-Arbeit etwas erreichen kann. In den letzten Jahren hat es SR gemeinsam mit den Anrai-

öffentliche Dienstleistungen und soziale Einrichtungen. Bei jedem Thema, das die Region betrifft, beruft RS eine lokale Versammlung der AnrainerInnen und Beschäftigten in der Gegend ein, um Antworten und Lösungen sowie eine kämpferische Strategie auszuarbeiten. Wir gehen nicht in Kämpfe, um Symbole zu setzen, sondern um sie zu gewinnen. Diese Ver-

wegen der Proteste zuerst die Schließung zurück und stockten das Budget für ein Jahr auf, aber nach der Gemeinderatswahl 2014 waren die Bäder wieder von Schließung bedroht. RS wurde in dieser Wahl die zweitstärkste Partei in diesem Viertel. Mit der Vertiefung des Kampfs zur Erhaltung der Bäder im Bezirk hatte RS zunächst gratis Schwimmkurse selbst

ung gekämpft, hat breite Unterstützung in der Gegend organisiert durch die lokalen Versammlungen, Proteste, Interviews in Lokalmedien, politischen Druck auf PolitikerInnen und indem sie die Mietervereinigungen involvierte, die die Forderung aufnahm. Mehr als 16 lokale Mieterorganisationen drückten ihre Unterstützung aus und nahmen an den Kämpfen und Demonstrationen bei den Gemeinderatssitzungen teil. Im Dezember 2015 entschied der Gemeinderat, dass 1.000 Wohnungen von der Gemeinde übernommen werden sollten. Das war ein wichtiger Sieg, der einen Präzedenzfall setzte und zeigt, dass es nach 30 Jahren Privatisierung möglich ist, diese rückgängig zu machen. Die Entscheidung war ein Ergebnis der langfristigen Arbeit von RS. Wir machen nicht nur Propaganda, sondern sind entschlossen, erfolgreich zu kämpfen. Als der Kampf weiterging, stellte er sicher, dass notwendige Renovierungsarbeiten durchgeführt wurden unter Kontrolle der MieterInnen – ohne dass die Miete erhöht wurde. 2017 war der Sieg ein Fakt und die Gemeinde setzte eine Option auf Renovierung ohne Mieterhöhung um.

Das ArbeiterInnenviertel Hammarkullen in Göteborg ist ein Beispiel, wie lokale Kämpfe gewonnen werden können.

nerInnen geschafft, die lokale Bücherei zu retten sowie ein Jugendcenter, ein Schwimmbad und ein Fitnesscenter. Ein offensiver Kampf hat ebenso die Übernahme eines privaten Apartmentblocks mit 1.000 Wohnungen in öffentliches Eigentum erzwungen, sowie die Privatisierung von 450 Wohnungen gestoppt. Mieterhöhungen im Zusammenhang mit Sanierungen wurden verhindert.

Was RS in Hammarkullen so erfolgreich macht, ist, dass RS-Mitglieder das Rückgrat der lokalen Mobilisierungen waren. Der Bezirk ist bekannt für den Kampf gegen Kürzungen und Privatisierungen, für

sammlungen bringen hunderte Menschen zusammen. Informationen werden über Flyer und Poster verbreitet, aber die täglichen Treffen sind entscheidend. Die Erfahrungen und politischen Interventionen in diesen Treffen durch SozialistInnen waren oft hilfreich bis entscheidend für die Kämpfe, um die Rechte von AnrainerInnen zu verteidigen.

Als die lokale Koalition in der Stadtregierung aus Sozialdemokratie, Linkspartei und Grünen entschied, die beiden Schwimmbäder Rannebergsbadet und Hammarbadet als Teil eines lokalen Kürzungspakets zu schließen, organisierte RS umgehend Proteste. Die PolitikerInnen nahmen

organisiert, während ein politischer Kampf geführt wurde, in dem wir die Notwendigkeit von kostenlosen Schwimmkursen als Klassenfrage thematisierten – aufgrund fehlender Schwimmkenntnisse von Kindern aus der ArbeiterInnenklasse. Als direktes Resultat des Kampfs entschied der Gemeinderat von Göteborg Hammarbadet zu retten und zu renovieren, sowie eben die gratis Schwimmkurse und freien Eintritt für Kinder in alle lokalen Schwimmbäder einzuführen. Ebenso wurde ein neues Bad in Kortedala gebaut.

Auch beim Thema Wohnen: Hier hatte RS drei Jahre für die Rücküberfüh-

Bei jeder Drohung von Kürzungen muss die Gemeinde immer mit Protesten von AnrainerInnen rechnen aufgrund der lokalen Unterstützung für RS. Um den Kampf zu stärken, wurde ein Vorstadtrat eingesetzt, der RS, die wichtigsten Anrainervereinigungen und Betriebsräte verbindet, um zu diskutieren, um welche Themen Kampagne geführt wird. Die Arbeit von RS zeigt auf kleinem Level, was eine neue MassenarbeiterInnenpartei auf bundesweiter Ebene erreichen könnte. Die Mitglieder von RS sind im Viertel bekannt als KämpferInnen – Nachbarschaftsorganisationen kommen auf sie zu, wenn sie Unterstützung suchen. Auch in Schweden sind Kürzungen und Privatisierungen an der Tagesordnung. Sie treffen ArbeiterInnen und Menschen mit niedrigem Einkommen. Armut steigt, wie auch Gewalt und Kriminalität. Die Lösung ist nicht nur der Aufbau lokaler Kämpfe, sondern der Aufbau einer sozialistischen Massenkraft auf bundesweiter wie internationaler Ebene, die nicht nur für eine sozialistische Zukunft kämpft, sondern schon heute Kämpfe gewinnen kann.

Kristofer Lundberg
Leitungsmitglied von RS
www.socialisterna.org

Iran: Billigere Eier & Sturz des Regimes!

Ende 2017 brachen massive Proteste im Iran aus. Millionen gingen auf die Straße, zunächst gegen Preissteigerungen und Korruption, schnell aber gegen das Regime insgesamt. Angesichts des Hintergrunds der Bewegung kein Wunder: Das iranische Regime ist an so ziemlich jedem Konflikt in arabischen Raum beteiligt. Milliarden gehen für die Unterstützung Assads, die libanesische Hisbollah oder die jemenitischen Huthi-Rebellen drauf. Der iranische Staat kämpft um seine Rolle in der Region in Zeiten der (Wirtschafts-) Krise.

Die mit dem neuen Budget nochmal stark gestiegenen Militärausgaben stehen Kürzungen im Sozialbereich gegenüber. Reformen des Präsidenten Ruhani beschleunigen das Auseinanderklaffen zwischen Arm und Reich und damit auch zwischen Bevölkerung und Regierung. 80% der Wirtschaft stehen unter Kontrolle des Regimes, die Gewinne versickern durch Korruption. Die Mullahs sind oft Multimilliardäre, während eine fünfköpfige Familie im Durchschnitt mit 500€/Monat zureckkommen muss. 11% Inflation machen das Leben endgültig unleistbar.

Schon 2009 gab es eine riesige Protestwelle, damals v.a. um den vermut-

Tilman M. Ruster

lich durch Wahlbetrug unterlegenen, aber regimetreuen Präsidentschaftskandidaten Mussawi an die Macht zu bringen. Jetzt steht das ganze System in Frage. Auch die Methoden der Proteste haben sich verändert. Teilweise haben sich die DemonstrantInnen bewaffnet, Polizeipräsidien und Militärbasen wurden angegriffen. Aber v.a. hat die ArbeiterInnenklasse begonnen, aktiv einzutreten. Die Protestwelle ist auch eine Streikwelle, bei BusfahrerInnen, ÖlarbeiterInnen und anderen Branchen und Provinzen. Was fehlt, ist eine Form von zentraler Organisation. Gut, dass die Bewegung nicht wieder auf Versprechen irgendeines „Reformers“ aus den Reihen des Regimes reinfällt, aber ohne gemeinsame Forderungen, ohne eine Koordination der Proteste wird sie scheitern. Zu Redaktionsschluss verkündete das Regime, die Lage wieder unter Kontrolle zu haben, aber Stabilität lässt sich nicht erzwingen. Auch vor dem Hintergrund der Entwicklung in Tunesien und anderen arabischen Ländern werden die Proteste in der Zukunft wieder auflammen, dann hoffentlich besser vernetzt und mit einem politischen Programm zum Sturz des Regimes!



Jemen: Kein Ausweg

Seit der Tötung des früheren Präsidenten Ali Abdullah Saleh durch KämpferInnen der Huthi Rebellen im Dezember 2017 haben sich die Kämpfe im

nenkrieg gewichen. Unterstützt von lokalen Eliten, den Golfstaaten, der EU und der US-Regierung übernahm Vizepräsident Abd Rabbu Mansour.

Wiedermal zeigt sich: Im Kapitalismus wird für Millionen das nackte Überleben zum Wunschtraum.

Jemen intensiviert. Mit 17 Millionen von Hungersnot Betroffenen war der Krieg die schlimmste humanitäre Katastrophe 2017. Die hoffnungsvollen Massenproteste gegen seine Diktatur 2011 sind, mangels einer sozialistischen Perspektive, einem sektiererischen BürgerIn-

Korruption, Repression, soziale Vereidigung und Fraktionskämpfe der lokalen Eliten ermöglichen schließlich die Einnahme der Hauptstadt Sana'a durch die Houthi Rebellen. Dies und die Militärintervention Saudi Arabiens, mit Unterstützung der Regierungen der USA,

Großbritanniens, Kanadas und Frankreichs, haben das imperialistische Blutvergießen in eine ausweglos scheinende Katastrophe gesteigert.

Ihr Schicksal können die jemenitischen ArbeiterInnen und Armen nur selbst in die Hand nehmen. Letztes Jahr haben tausende ArbeiterInnen für grundlegende Verbesserungen gestreikt. Das ist die Grundlage für organisierten Widerstand. Das CWI unterstützt diese Arbeitskämpfe aktiv. Es braucht eine organisierte revolutionäre Organisation und die internationale Unterstützung der ArbeiterInnenklasse, um dem kapitalistischen Morden ein Ende zu setzen.

Lukas Kastner

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Streik in Kasachstan

In der Region Karaganda kam es zu einem großen Streik im Kohlebergbau. AktivistInnen des CWI und SozialistInnen, mit denen wir eng zusammenarbeiten, waren beteiligt. Forderungen waren die Verbesserung der miserablen Arbeitsbedingungen und Verdoppelung der Löhne. Der Streik fiel mit dem kasachischen Unabhängigkeitstag, dem 16. Dezember, zusammen. In vielen Städten gab es Massendemonstrationen. Die

ArbeiterInnen trotzten den Temperaturen, die oft unter dem Nullpunkt lagen, ebenso wie der polizeilichen Repression und der Diffamierung durch die Politik. Das CWI organisierte internationale Solidarität, wofür sich die StreikführerInnen ausdrücklich bedankten. Das Regime des Diktators Nasarbajew kann sich schon länger nur durch Repression halten, der Streik erschüttert es weiter.

www.socialistworld.net

Schulstreik in Schweden

2015 kamen etwa 35.000 Flüchtlingskinder nach Schweden. Erst 2017 bekamen sie Asylbescheide – die meisten von ihnen waren negativ. Einige Flüchtlinge begingen kurz darauf sogar Selbstmord, andere von ihnen wurden abgeschoben. Gegen die rassistische Politik der schwedischen Regierung gab es schließlich am 12. Dezember einen Schulstreik, an dem mehr als 4.000 SchülerInnen aus etwa 50 Schu-

len in 19 schwedischen Städten teilnahmen. Mitglieder der schwedischen Sektion des CWI, Rättvisepartiet Socialisterna (»Sozialistische Gerechtigkeitspartei«), spielten eine Schlüsselrolle in der Vorbereitung des Streiks. Auch kleine Zugeständnisse der Regierung kurz vor dem Streik konnten nichts ändern, denn auch diese wären keine grundsätzliche politische Änderung gewesen.

www.socialisterna.org

Hongkong

In Hongkong ist ein zum Teil unter Kontrolle der chinesischen Zentralregierung stehender Bahnhof geplant. AktivistInnen befürchten, dass die chinesische Regierung Hongkongs Autonomiestatus durch die Hintertür aushebeln wird. Als Neujahrsgeschenk gab es daher eine Protestaktion, an der ca. 10.000 Leute teilnahmen. Mit dabei war die CWI-Sektion aus Hongkong, Socialist Action.

www.socialism.hk

DIE KRISE HEISST KAPITALISMUS

Der „Aufschwung“, den wir nicht spüren

Von „Aufschwung“, „Wirtschaftswachstum“, ja sogar von „Hochkonjunktur“ ist die Rede. Das Problem: es fühlt sich nicht so an. Die Regierung plant ein Kürzungsprogramm und sehr viele haben Angst vor der Zukunft. Es ist also nicht weit her mit diesem „Aufschwung“ – eine kurzfristige Erholung einzelner

Rechten und Bedürfnissen wahrgenommen. Hinzu kommt noch, dass keine dieser Theorien den Praxistest besteht. Egal, ob die kapitalistischen „ExpertInnen“ für mehr oder weniger staatliche Eingriffe, weichere oder härtere Währung, expansivere oder restriktivere Geldpolitik, Keynesianismus oder Mo-

das, was vorher und nachher herrschte, die kapitalistische Realität: Wiederkehrende Krisen, Krieg und Kriegsgefahr, Armut und Ausbeutung für große Teile der ArbeiterInnenklasse. In dieser Realität ist auch Österreich längst angekommen.

Und diese kapitalistische Realität bedeutet seit

nologien etc. Es wird verzweifelt versucht, so zu tun, als ob „eh alles wieder gut“ wäre.

Dabei hat sich an den Widersprüchen, die vor zehn Jahren zur Krise geführt haben, nichts geändert. Und zwar nicht nur an den generellen kapitalistischen Widersprüchen, sondern auch an den aktuellen ökonomischen Schwächen wie der Bildung spekulativer Blasen, der sinkenden Produktivität, der steigenden Verschuldung, einer schleppenden Nachfrage etc.. Anstatt in die Produktion zu investieren, bilden sich neue Blasen (Stichwort: Bitcoins etc.). Der aktuelle „Aufschwung“ wurde durch massive staatliche Zahlungen finanziert (und eine verstärkte Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse durch eine reale Umverteilung von unten nach oben) – d.h. die Verschuldung ist weiter angestiegen, die Kaufkraft aber gesunken. Acht bis zehn Prozentpunkte der Staatsverschuldung sind auf die Bankenverschuldung zurück zu führen:

Unsere Steuergelder wurden zur „Rettung“ von Banken und Unternehmen eingesetzt, während der Lebensstandard der meisten hierzulande gesunken ist. Und bei uns wird gespart, um die Schulden abzubauen zu können.

Dass die Herrschenden selbst nicht an den „Aufschwung“ glauben, zeigt

sich im Tempo der Regierung, die willfährig die Wünsche der Wirtschaft umsetzt. Das Regierungsprogramm hat v.a. eine Aufgabe (in der es sich eben nicht von den Plänen von Kern&Co. unterscheidet): den Standort Österreich im internationalen Wettbewerb besser zu positionieren. Das geht nur, indem bei den Unternehmen Kosten (=Steuern, Umwelt- und Sicherheitsauflagen, Löhne bzw. Lohnnebenkosten) gesenkt werden.

Auch im „Aufschwung“ sollen wir also für die Profite der Banken und Konzerne bezahlen. Eine Wirtschaft, die für die Menschen gut ist und nicht nur für eine kleine Elite sieht aber anders aus. Wir brauchen ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, dass sich an den menschlichen Bedürfnissen nach Arbeit, Wohnen, Leben, Sicherheit und Frieden orientiert – und nicht an Profiten. Doch das geht nicht im sonderlich ohne den Kapitalismus. Ein echter, nachhaltiger Aufschwung, also echte und dauerhafte Verbesserungen für unser aller Leben und eine sichere und gute Zukunft braucht ein System, dass mit der Profitlogik bricht und in dem wir alle, und nicht nur eine kleine Elite, entscheiden. Ein demokratisches, sozialistisches System.

Die Herrschenden brauchen dringend gute Nachrichten. Darum wird auch viel über den „Aufschwung“ berichtet.

Wirtschaftssektoren muss noch überhaupt nicht bedeuten, dass es auch für die Bevölkerung bergauf geht. Das Märchen von „geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut“ glaubt kaum noch wer: Obwohl 67% angeben, dass es 2018 „wirtschaftlich aufwärts gehen wird“ glauben 89% nicht, dass sich 2018 die Kluft zwischen Arm und Reich verkleinern wird und nur 19% erwarten eine Verbesserung für sich selbst. Nur 9% meinen, dass ArbeitnehmerInnen vom Regierungsprogramm profitieren, aber 49%, dass Unternehmen profitieren.

In der kapitalistischen Theorie Welt werden Menschen bestenfalls als KonsumentInnen bzw. Produktionsfaktor, aber nicht als menschliche Wesen mit

netarismus/Wirtschaftsliberalismus stehen: sie alle haben keine tauglichen Mittel, um Krisen dauerhaft zu verhindern. Davon zeugt eine Vielzahl von Krisen, die seit Bestehen des Kapitalismus und immer mit verheerenden Folgen für die ArbeiterInnenklasse und die Armen stattgefunden haben.

Einzig in den 1950er und 60er Jahren und in den entwickelten kapitalistischen Staaten wuchs die Wirtschaft stark und auch der Lebensstandard der Bevölkerung wurde merklich besser. Doch das war eine Sonderperiode, die auf den Zerstörungen des 2. Weltkrieges und der Systemkonkurrenz zu den planwirtschaftlich organisierten stalinistischen Staaten aufbaute. Viel mehr ist

den 1970er Jahren sinkende Wachstumszahlen bei BIP und Produktivität. Das reale Wirtschaftswachstum liegt 2017 bei im Vergleich zu anderen Jahren seit 1945 niedrigen 3%. Und alle Prognosen (die traditionell optimistisch sind) sehen 2017 bereits den Höhepunkt erreicht. Wir haben es mit einer kurzen und schwachen Erholung zu tun.

Vor zehn Jahren begann die erste tiefe Krise des 21. Jahrhunderts. Weil in ihrem Gefolge auch die politischen Systeme und „der gute Ruf“ des Kapitalismus selbst in die Krise gerieten, brauchen die KapitalistInnen dringend gute Nachrichten. Darauf auch die Propaganda vom Wachstum, von den Chancen der neuen Tech-

Der aktuelle SLP-Lesetipp

„In Frankreich, da wissen Sie wie man kämpft.“ Das ist so ein Satz, den wir bei Infotischen&Co immer wieder mal von Menschen hören, die hierzulande mit dem ÖGB und den Teilgewerkschaften hadern. Tatsächlich sind

**„Streik – Kurz & Bündig“:
unsere Broschüre für den
erfolgreichen Arbeitskampf,
nicht nur im Betrieb.**

wesentliche Kampf-Tradiionen der ArbeiterInnenbewegung in Österreich weitgehend in Vergessenheit geraten. Das hat nicht mit der „österreichischen Seele“ zu tun, sondern vielmehr mit der unseligen „Sozialpartnerschaft“, die ÖGB&Co zu Ideologie

und Selbstzweck erhoben haben. Streiks stören die Gewerkschaftsführung nur dabei. Deshalb versuchen sie entweder ganz ohne auszukommen oder sie so harmlos wie möglich zu gestalten. Streiken heißt in Ös-

terreich leider oft Karten spielen statt Arbeiten, versteckt irgendwo im Betrieb und das wars. Aus internationalen und auch historischen österreichischen Beispielen haben wir daher unsere „Streik – kurz & bündig“ Broschüre entwickelt. Im praktischen A6 Format

und mit 35 Seiten hat sie auch schon äußerlich den Charakter eines „schlaulen Buchs“ für betriebliche Kämpfe. Drinnen finden sich hilfreiche Tipps für demokratische Strukturen im Streik, fürs Verbreiten der Solidarität in anderen Branchen und der Öffentlichkeit oder für den Umgang mit den ChefInnen. Die neue Regierung und die UnternehmerInnen planen eine verstärkte Offensive gegen Kollektivverträge und Arbeitsbedingungen – deshalb ist die Broschüre heute aktueller denn je.

Für gerade mal 2€ (zuzüglich Porto) lässt sie sich über unsere Website slp.at/broschueren oder einfach per Mail an slp@slp.at bestellen.

Erst unzufrieden, dann auf der Suche

Ich wuchs in einer politisch eher konservativen Gegend auf (Innviertel), wo die Meinungen von FPÖVP usw. Anklang finden. Ich konnte mit dieser Meinung nie was anfangen, auch weil ich im Kindergarten und der Schule ein paar Freunde mit Migrationshintergrund hatte. Als die FPÖ bei der vorletzten Nationalratswahl 2013 über 20 % bekam, informierte ich mich mal übers Internet. Au-

ßerdem versuchte ich immer eine alternative Meinung in eine reaktionäre Diskussion zu bringen. Naja, das brachte leider nicht viel und ich wurde dadurch mehr politisch unzufrieden – bis ich zum Entschluss kam, dass ich selbst politisch aktiv werde. SPÖ und Grüne kamen nicht in Frage und auf der Wahlliste für die Nationalratswahl 2017 entdeckte ich die SLP. Mir war klar, dass ich dabei

sein möchte und ich setzte mich mit der SLP in Kontakt. Mir gefällt die SLP umso mehr, weil sie versucht, die Leute, die von schlechter Lebenssituation bedroht sind zu animieren, dass sie gegen dieses System der Reichen protestieren, sich organisieren und dagegen kämpfen.

Christoph Bauer,
24 Jahre,
Leasingarbeiter
in Oberösterreich

Widerstand ist weder vergeblich noch umsonst – unterstütze die SLP dauerhaft!

Widerstand gegen die Politik der Reichen wird wohl noch einige Zeit nötig sein. Dafür müssen wir jeden Euro x-fach umdrehen. Wir haben keine Geldgeber bei den etablierten Parteien oder Unternehmen, weil wir zu 100% von diesen unabhängig sein wollen. Darum brauchen wir DEINE Unterstützung. Und das bedeutet auch: dein Geld. Am besten, indem du einen Dauerauftrag einrichtest.

Spende uns regelmässig – 1x pro Monat, pro Quartal oder pro Jahr.

Hilf uns, Flugblätter zu produzieren, Proteste zu organisieren, unser Büro zu finanzieren. Werde einE DauerunterstützerIn unserer Arbeit. Für dich sind es nur ein paar Euro, für uns macht es den Widerstand planbarer und damit besser.

IBAN:

AT256000000000 8812733
BIC: OPSKATWW

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeden 2. Donnerstag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Habert Café'
Salzkammergut Einkaufspark

VÖCKLAUER

SLP-Ortsgruppe
jeden 2. Donnerstag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Café zur Brücke'
Vorstadt 18

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Contra la Cultra'
Grieplatz 5

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
Buchhandlung 'Libreria Utopia'
15; Preysinggasse 26 – 28
(Nähe U3 Schweglerstraße)

SLP Brigittenau-Ost

jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im 'SLP-Büro'
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)



Termine und Veranstaltungen:
www.slp.at

Andere über uns



W24- Das Stadtfernsehen interviewte SLP-Aktivistin Sonja Grusch auf der Großdemo gegen Schwarz-Blau am 13.1. Sie erklärte kurz und bündig, was die Pläne der Regierung für all jene bedeuten, die nicht superreich sind. Besonders warnte sie vor den Angriffen der Regierung auf Frauenrechte wie das Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Das Interview ist auf der Facebookseite von W24 zu finden.

**Gibt es nicht
aus Profitstreben;
gibt es aus Überzeugung.**



> Berichte
> Analysen
> Hintergründe
aus sozialistischer Sicht.

VORWÄRTS jetzt abonnieren!

Normal-Abo: € 24,-
Sozial-Abo: € 14,-
(für Menschen ohne eigenes Einkommen)
All-inclusive-Abo: ab € 7,-/Monat
Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT256000000000 8812733
BIC: OPSKATWW

www.slp.at | slp@slp.at | [/slp.cwi](https://www.facebook.com/slp.cwi)



Kickl wegkicken!

Rechtsextremismus, Überwachungsstaat und Korruption gemeinsam bekämpfen!

Der neue Innenminister Kickl hat schon große Pläne für Österreich: Er will AsylwerberInnen „konzentriert“ an einem Ort halten, den Überwachungsstaat drastisch ausbauen, die Privatsphäre ganz legal durch Handykontrollen verletzen und berittene Polizei einsetzen.

Er redet über die hohe Kriminalität unter AsylwerberInnen, obwohl er selbst Teil eines Skandals um illegale Parteifinanzierung ist. Dabei auch die Werbeagentur „ideen.

schmiede“, an der Kickl beteiligt war - und ein Strohmann namens Sila. Medien berichten über überhöhte Rechnungen an das Land Kärnten und Geldflüsse an die FPÖ. Kickl bestreit die stilte Teilhaberschaft, später erklärte er, sie „selbstverständlich“.

Gut vernetzt ist er bis ganz rechts: Er nahm neben rechten Sprechern mit Verbindungen zur Neonaziszen am „Verteidiger Europas“ -Kongress teil. Dieser wurde

von der deutschnationalen Burschenschaft Arminia Czernowitz mit Unterstützung der faschistischen Identitären organisiert. Dieser Mann ist jetzt auch oberster Chef der Polizei. Das heißt, dass sich nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund auf noch intensiverer Repression der Polizei gefasst machen müssen, sondern auch linke Organisationen. All das ist beunruhigend - aber nur ein Grund mehr, jetzt aktiv zu werden!

Tabea Anreiter



Mehr auf Seite 5



- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche - d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitätern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke,

- kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.